

+++ Haushaltsrede der Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Ursula Grimm zur Ratsversammlung am 20. Januar 2010 +++ Riedel spendet Gutscheine +++ Reden aus zwei Jahrtausenden für Ex-Fraktionschef Achminow +++

Haushaltsrede der Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Ursula Grimm zur Ratsversammlung am 20. Januar 2010

Ein neues Jahr beginnt immer mit dem Läuten der Glocken, also symbolisch mit einem Glockeschlag. Für uns hat dieses neue Jahr nicht nur mit einem Glocken- sondern auch mit einem Donnerschlag begonnen.

Denn das, was wir über die Vorgänge in einem unserer städtischen Unternehmen hören mussten, kam einem Donnerschlag beziehungsweise einem Gewitter gleich.

In dieser Dimension hat wohl selbst der kritischste Betrachter keine Vorstellungen gehabt, was alles geschehen kann.

Bei aller Distanz und allen Vorbehalten, die es seitens unserer Fraktion gegenüber einigen Geschäftsführern der kommunalen Unternehmen gab, zum Beispiel auch gegen Herrn Heinger, mit negativen, ja scheinbar wahrhaft kriminellen Aktivitäten in dieser Größenordnung hat wohl keiner rechnen können.

Und die wirtschaftlichen Folgen und das finanzielle Ausmaß sind zu dieser Stunde noch gar nicht absehbar.

Diese Situation macht es nicht gerade leicht, über den vorliegenden Haushaltsplan 2010 zu sprechen.

Wenngleich die finanziellen Transaktionen ausschließlich bei den Kommunalen Wasserwerken stattfanden, so sind Auswirkungen natürlich leider auch auf unseren LVV-Konzern und damit auch auf den Haushalt der Stadt nicht auszuschließen und die Dimension in keiner Weise absehbar.

Und was das für unseren Haushalt bedeutet, muss jedem eingeweihten klar sein.

Was wird mit der Verkehrsleistungsfinanzierung, wie verhalten wir uns im Umgang mit dem Gesellschafterdarlehen?

Hier sind wir alle miteinander gefragt, gemeinsam Lösungen zu finden, um möglichst Schaden von der LVV und damit den anderen städtischen Unternehmen und natürlich auch von der Stadt abzuwenden.

An dieser Stelle sei besonders der Geschäftsführung der LVV gedankt, die unermüdlich mit den Wirtschaftsprüfern zum einen an der Aufklärung arbeitet und zum anderen auch nach Lösungsansätzen und Lösungswegen sucht.

Aber erst, wenn alles aufgeklärt ist, werden wir vielleicht wissen, was auf uns zukommen wird.

Lassen Sie mich, nach dieser Exkursion zur allgemeinen Lage, zurückkommen zum eigentlichen Thema, unserem Haushalt 2010, auch wenn er nun, auf Grund der eben ausgeführten Tatsachen, einer Gleichung mit vielen Unbekannten ähnelt.

Und wir werden, sicher in der Mitte des Jahres, auf Grund der aktuellen Ereignisse sowohl einen Nachtragshaushalt als auch ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen und beschließen müssen.

Die Frage, warum verschieben wir dann nicht die Beschlussfassung zum Haushalt, bis wir mehr Klarheit haben, muss man aber dennoch mit einem klaren **nein** beantworten.

Wir können nicht alle Investitionen bis zum Tag X, den wir heute nicht kennen, auf Eis legen und mit einem fehlenden Haushalt die gesamte Stadt lahm legen.

Auch dieses Vorgehen wäre unverantwortlich.

Mit der noch ausstehenden Jahresrechnung 2009 werden wir Mindereinnahmen zu verzeichnen haben, die es auszugleichen gilt, denn leider ist die Wirtschaftskrise auch an unserer Stadt nicht spurlos vorbeigegangen.

Und wir dürfen nicht so blauäugig sein, als wäre alles schon vorbei.

Auch hier sind die Auswirkungen auf unseren städtischen Haushalt noch nicht absehbar.

Also müssen wir uns mit dem jetzt vorliegenden Haushalt auseinandersetzen.

Jedoch immer vor dem Hintergrund, dass wir zu einer strikten und konsequenten Sparsamkeit in dieser komplizierten Situation verpflichtet sind.

Die Zeit der großen Sprünge ist vorbei.

Jedoch muss auch in so einer schwierigen Haushaltslage die soziale Grundsicherung für Bedürftige gewährleistet werden.

Ein wirksamer Sozialstaat ist kein bloßer Schönwetterstaat, das heißt, er darf nicht nur bei Sonnenschein funktionieren sondern auch bei Sturm und Regen.



Ursula Grimm

Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten, gerade auch die Sanierung im Bestand, haben für uns eine sehr hohe Priorität.

Sanierung bedeutet aber immer auch zeitweilige Erschwernisse, ob nun bei Sanierung während laufenden Betriebes oder durch längere Wege infolge Interimsunterbringungen.

Dies müssen alle Betroffenen akzeptieren.

An erster Stelle haben Eltern die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder, nicht die Kommune und der Staat.

Die Behörde greift erst ein, wenn Eltern überfordert sind und die Entwicklung der Kinder gefährdet ist.

Das ist richtig so, darf aber nicht dazu führen, dass Eltern von vornherein ihre Verantwortung auf Kommune und Staat abschieben.

Wir haben jedoch einen stetig steigenden Anteil von Eltern zu verzeichnen, die ihrer elterlichen Verantwortung nicht gerecht werden können oder wollen.

Auch Jugendkriminalität ist letztendlich in vielen Fällen eine Folge elterlichen Versagens.

Es gilt also, die elterliche Verantwortung und Erziehungskompetenz zu stärken. Angebote dazu, etwa im Sinne von Elternschulen, gibt es in breiter Auswahl.

Sie werden noch zu selten von denen genutzt, die sie am meisten benötigen.

Freiwillige Angebote sind also schön und gut, aber manchmal ist auch Druck nötig, damit sie genutzt werden.

Wo können wir sparen?

Lassen Sie mich dies am Beispiel des Lebenslagenreports deutlich machen, wozu es auch einen Haushaltsantrag unserer Fraktion gibt.

Die Notwendigkeit des Lebenslagenreports ist zweifelhaft. Gleiches gilt, nach dem bisherigen Präsentationsstand, für seine Wissenschaftlichkeit und Objektivität.

Die Stadt Leipzig hat bereits eine breit angelegte, tiefgründige und objektive Sozialberichterstattung.

Kernstück ist der Sozialreport, zuletzt als Sozialreport 2007, Vorlage zur RV 18.06.2008.

Der Sozialreport behandelt so gut wie alle sozial relevanten Themen, von A wie ALG-II-Empfänger über J wie Jugenddelinquenz bis S wie Suchtkrankheiten.

Die meisten dieser Daten sind bereits sozialräumlich aufbereitet und bis auf die Ortsteilebene differenziert.

Im Sozialreport 2007, S. 89, geht es zum Beispiel um Abgänger von Mittelschulen ohne Abschluss:

Der Anteil dieser Schüler in Gohlis, Eutritzsch, Lindenthal liegt unter 5 %

Dagegen, in einem räumlichen Gürtel zwischen Musikviertel / Südvorstadt und Anger-Crottendorf, liegt dieser Anteil zwischen 25 und 30%. Das ist erschreckend hoch.

Wir wissen also längst, wo die räumlichen Schwerpunkte liegen müssen, um mehr Schüler als bisher zu einem Abschluss und damit zur Ausbildungsfähigkeit zu führen.

Dies nur als ein Beispiel, dass es für viele Handlungsfelder bereits eine hinreichende Datenbasis gibt.

Fazit: Wir brauchen also keinen aufwendig erstellten Lebenslagenreport, sondern einen möglichst aktuellen, tiefgründigen und objektiven Sozialreport.

Leipzig leistet sich nach wie vor einen sehr umfangreichen Kultur-Haushalt. Das ist, wenn man es sich leisten kann, sehr positiv, denn unsere Stadt lebt auch von ihrem Ruf als Kulturstadt, und das nicht erst seit gestern. Aber auch dieser Bereich darf für Sparüberlegungen nicht völlig tabu sein.

Beispiel: Zuschuss Schauspielhaus

Mit der Vereinbarung zwischen der Stadt und den Eigenbetrieben Kultur für die Haushaltsjahre 2009 bis 2011 wurde den Eigenbetrieben die dringend benötigte mittelfristige Finanzierungssicherheit gegeben und gleichzeitig eine verlässliche Planungsgrundlage für den städtischen Haushalt geschaffen.

Gründe für die von der Verwaltung nunmehr vorgeschlagene Sonderbehandlung des Eigenbetriebes Schauspielhaus konnten bisher nicht nachvollziehbar dargelegt werden.

In der ersten Informationsvorlage zu diesem Thema hieß es nebulös: Das Schauspiel „soll durch Anhebung des künstlerischen Niveaus wieder auf die qualitative Ebene von überregional bedeutsamen Theatern des deutschen Sprachraumes gehoben werden.“

Unklar blieb bisher, was mit den zusätzlichen Mitteln konkret Niveau verbessernd gemacht werden soll und warum der Intendant nicht in der Lage ist, die Niveauverbesserung mit den von ihm selbst ausgehandelten und vom Rat beschlossenen Mitteln zu erreichen.

Herauslesen lässt sich aus der zitierten Vorlagenformulierung nur eines: **das künstlerische Niveau des Schauspiels lässt zu wünschen übrig.**

Nun, dies mag jeder hier anwesende Besucher einer Schauspielinszenierung, ob nun des „Kirschgartens“ oder des „Opritschniks“, für sich selbst beantworten. Im Interesse der finanzpolitischen Verlässlichkeit und der Gleichbehandlung der Eigenbetriebe Kultur ist jedenfalls die beschlossene Vereinbarung weiterhin anzuwenden, und zwar **auch und gerade für den Eigenbetrieb Schauspiel.**

Ein Dauerthema, auch in der Diskussion unserer Bürger ist nach wie vor die Straßenunterhaltung. **Schon in den vergangenen Jahren mussten wir konstatieren, dass die Ausgaben für die Instandhaltung von Straßen und Brücken seit dem Jahr 2000 drastisch gekürzt worden sind.**

Das Jahr 2000 ist mit Abschluss der Eingemeindungen und dem entsprechenden Zuwachs im städtischen Straßennetz das Basisjahr. Die Ausgaben für den Unterhalt von Straßen und Brücken (ohne Winterdienst und Straßenentwässerung) betragen damals über 10 Mio. €. **Innerhalb von 4 Jahren schrumpfte diese Haushaltssposition auf nur noch ein Drittel, etwa 3,5 Mio. €.** Seit 2004 stagnieren diese Ausgaben auf einem Niveau von 3,5 bis 4 Mio. €.

Dies ist nur ein Bruchteil des realen technischen Bedarfs.

Unsere Verkehrsinfrastruktur wird also in ihrer Substanz auf Verschleiß gefahren.

Mit jedem Jahr wächst der aufgestaute Reparaturbedarf. Die Folgen des Substanzverschleißes erlebt jeder Verkehrsteilnehmer im alltäglichen Leben, egal ob er nun mit Pkw, Rad oder zu Fuß unterwegs ist.

Aufgestauter Reparaturbedarf ist aber nicht nur ein Problem der Verkehrssicherheit und ein alltägliches Ärgernis, er hat auch Konsequenzen für die Anwendung der Straßenausbaubeitragsatzung.

Wir haben in unserem Antrag darauf hingewiesen.

Im Übrigen ist ein vernünftiger Zustand des Straßennetzes auch eine elementare Voraussetzung für die Verbesserung der Luftsituation und steht somit in engem Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan.

Die Instandhaltung des Straßennetzes ist eine der elementarsten Pflichtaufgaben der Stadt Leipzig und nicht eine beliebig erfüllbare freiwillige Aufgabe, wie ein Sozialticket.

Dies muss sich im Haushalt endlich auch widerspiegeln.

Und hier ist, bei allem Willen zum Sparen, an der falschen Stelle gespart, denn der notwendige Mittelbe-

darf wird, wenn wir nicht endlich etwas tun, jährlich höher.

Lassen Sie mich nun einiges zum Thema Autoarme Innenstadt sagen.

Nach kontroverser Diskussion zu einzelnen Aspekten des Themas autoarme, fußgängerfreundliche Innenstadt wurde das entsprechende Konzept mit großer Mehrheit beschlossen.

Zur Umsetzung des Konzeptes wurde von der Verwaltung ein Maßnahmenplan mit finanziell unteretzten Jahresscheiben erarbeitet und am 16. September 2009 beschlossen.

Für 2010 sieht dieser Maßnahmenplan Ausgaben in Höhe von 599 T€ vor, unter anderem für Straßenbaumaßnahmen, Poller und Beschilderung.

Nur einen Monat später wurde der Haushaltsentwurf 2010 eingebracht, und plötzlich ist die Jahresscheibe 2010 um 50 T€ gekürzt.

So kann man als Verwaltung mit kurz vorher selbst eingebrachten Ratsbeschlüssen nicht umgehen.

Dass die Haushaltslage 2010 extrem schwierig wird, war in der Verwaltung auch schon vor dem Beschluss zum Maßnahmenplan bekannt.

In der Sache halten wir die für 2010 geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der autoarmen, fußgängerfreundlichen Innenstadt durchweg für notwendig.

Der Maßnahmenplan sollte daher ohne Abstriche umgesetzt werden.

Als Deckung dieser Mehrausgabe gegenüber dem Haushaltsentwurf schlagen wir den Verzicht auf den Umbau des Salzgässchens vor.

Diese Baumaßnahme ist zumindest nicht dringend. Aus unserer Sicht ist sie auch nicht notwendig und nicht zweckmäßig.

Auch zu den Personalausgaben ist einiges zu sagen.

Ämter, deren Zweck vor allem das Einwerben von Fördermitteln und das Auflegen von Förderprojekten ist, sind stets in der Versuchung, Fördermittel um der Fördermittel wegen zu akquirieren.

Häufig ist aber der Personalaufwand für die Projektarbeit, einschließlich Dokumentation und Berichtswesen, größer als der im Projekt erzeugte Mehrwert für unsere Stadt.

Vor diesem Hintergrund sind die Personalaufwendungen des ASW, aber auch anderer Ämter, stets in besonderer Weise zu prüfen.

Ein weiteres Beispiel ist das Personal im Amt für Geoinformation

Es gibt immer weniger Städte in mit Leipzig vergleichbarer Größenordnung, die sich eine eigene Struktur für Vermessungsleistungen gönnen.

Eine Vergabe dieser Leistungen an Dritte hat den Vorteil, dass nur bei tatsächlichem Bedarf Kosten anfallen. Zudem wird so Personal betraut, das deutlich aktueller geschult und besser ausgestattet ist als eine öffentliche Verwaltung dies je vorhalten kann.

Selbst Projekte wie die Geoinformationssystem - fähige Aufbereitung von Daten lassen sich im Rahmen solcher Auftragsvergaben erledigen.

Insgesamt müssen wir alles daran setzen, den Weg zu einer bürgerfreundlichen und effizient arbeitenden Verwaltung fort zu setzen.

Lange Schlangen im Standesamt und teilweise auch an anderen Stellen in der Verwaltung sind dafür kein gutes Signal.

Zum Schluss meiner Ausführungen kommend, möchte ich dem amtierenden Finanzbürgermeister Dirk Müller und seinem gesamten Team für die Erarbeitung des Haushaltes 2010 danken.

Die Endfassung steht noch als große Arbeitsaufgabe aus und es wird noch eine geraume Zeit dauern und vieler Mühen und Anstrengungen bedürfen, bis die Gleichung mit den vielen Unbekannten möglichst zur Zufriedenheit aller gelöst sein wird.

Ich sagte es eingangs – wir haben schwierige Haushaltsberatungen vor uns, womöglich die kompliziertesten der letzten 20 Jahre. **Die augenblickliche Situation sollten wir als Chance begreifen, den Blick auf das Wesentliche zu richten.**

Kleinkarierte Diskussionen über des einen oder anderen liebstes Kind sind jetzt nicht das, was unsere Stadt braucht und schon gar nicht das, was die Menschen von uns erwarten.

Meine Damen und Herren, verehrte Stadtratskollegen in den Fraktionen, mit leerem Beutel fühlt sich das Känguru so wunderbar unbeschwert und meint, es könne noch größere Sprünge machen als jemals zuvor. **Aber: je weiter der Sprung, desto schmerzhafter kann die Landung sein.**

Ich wünsche mir, dass alle Fraktionen der Versuchung widerstehen, mit leerem Beutel große Sprünge zu machen.

+++++

+++++

Riedel spendet Gutschein

Der Stv. CDU-Fraktionsvorsitzende, Konrad Riedel spendete seinen beim Fotowettbewerb der Handwerkskammer gewonnenen Gutschein für einen Gebäudethermografiescan dem Leipziger Kleingärtnerverband, der die Sanierung seines Verbandshauses plant. Auf dem Foto von links nach rechts: 2. Vorsitzender Michael Schlachter, Vorsitzender Robby Müller, Stadtrat Konrad Riedel



+++++

„Reden aus zwei Jahrtausenden“ für Achminow

Beim Neujahrstreffen der CDU-Fraktion dankte Fraktionsvorsitzende Ursula Grimm ihrem Vorgänger Alexander Achminow für die geleistete Arbeit und übergab ihm ein Unikat des Buches „Reden aus zwei Jahrtausenden“

